

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

28. April 2014

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Bei einem Angriff von Taliban-Kämpfern auf einen Polizeiposten in der südafghanischen Provinz Kandahar starben am 23.04.14 vier Polizisten, ein weiterer wurde verwundet. Drei Polizisten werden vermisst, sie wurden möglicherweise verschleppt. Am 24.04.14 erschoss ein afghanischer Polizist drei amerikanische Ärzte in einem Krankenhaus einer US-Hilfsorganisation in Kabul. Der Täter wurde festgenommen.

#### Naturkatastrophen

Schwere Regenfälle und Überflutungen führten am 24.04.14 zur Zerstörung mehrerer Dörfer und töteten über 100 Menschen in den nordafghanischen Provinzen Jawzjan, Faryab, Sar-e-Pul und Badghis. Allein in Jawzjan verloren über 6.000 Menschen ihr Zuhause.

### Pakistan

#### Armee-Angriffe im Nordwesten

In der vergangenen Woche griffen die Luftwaffe und Bodentruppen Unterstände von Aufständischen in den Stammesgebieten nahe der afghanischen Grenze an (Khyber Agency). Nach Armeeangaben wurden 37 mutmaßliche Militante getötet und 18 verwundet. Der Angriff galt der Gruppe „Lashkar-e-Islam“. Sie ist für Entführungen und Erpressungen in dem Gebiet bekannt und soll auch für verschiedene Bombenanschläge, u.a. in Islamabad, verantwortlich sein. Die Dachorganisation der Taliban (Tehreek-e-Taliban Pakistan) verurteilte die Angriffe, erklärte aber, weiterhin zu Friedensgesprächen bereit zu sein.

#### Anschläge

Am 25.04.14 starben bei einem Bombenanschlag in der Nähe einer Moschee in Karachi mindestens vier Menschen, über 30 wurden verletzt.

### Irak

#### Sicherheitslage

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im April bisher (Stand: 27.04.14) 891 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP wurden im April (Stand: 27.04.14) bisher 681 Menschen getötet, davon 59 Polizisten, 71 Soldaten, 12 Mitglieder der Sahwa, ein Mitglied der kurdischen Sicherheitskräfte und 247 Extremisten.

#### Bombenanschläge auf Minister

Der irakische Bildungsminister, Mohammed Tamim, überlebte am 23.04.14 einen Anschlag auf seinen Fahrzeugkonvoi in der Nähe der Stadt Kirkuk unverletzt. Am 24.04.14 wurde in der Region von Tuz Khurmato (Provinz Salahaddin) ein Anschlag auf den Fahrzeugkonvoi des Jugendministers, Jassim Mohammed, verübt. Er wurde nicht verletzt.

## **Anschläge vor den Parlamentswahlen**

Laut dpa-Meldung vom 27.04.14 mehren sich die Angriffe auf Wahllokale und Kandidaten. Beispielsweise wurden am 25.04.14 in Bagdad bei einer Wahlkundgebung mindestens 28 Menschen getötet. Am 24.04.14 starben in der Provinz Salahaddin bei einem Anschlag mindestens vier Menschen. Am 22.04.14 kamen bei einem Angriff auf ein Wahllokal mindestens zehn Menschen ums Leben.

## **Syrien**

### **Erste Kandidaten für Präsidentschaftswahlen**

Am 27.04.14 gab der syrische Parlamentspräsident al-Lahham an, bisher gebe es sechs Kandidaten, die sich für die geplante Präsidentschaftswahl hätten registrieren lassen: den Wirtschaftsexperten Hassan Abdullah al-Nuri, den kommunistischen Parlamentarier Maher Hadschar, Mohammed Radschuh, Abdul-Salam Salamah, Sawsan al-Haddad und Samir Mualla. Noch bis zum 01.05.14 können sich Syrer für die Präsidentschaftswahl registrieren lassen, wofür sie jedoch die Unterstützung von 35 Parlamentariern benötigen, von denen jeder nur eine Stimme hat. Auch Präsident Bashar al-Assad hat signalisiert erneut antreten zu wollen, seine Kandidatur jedoch bisher noch nicht offiziell angemeldet. Die Opposition spricht von einer Farce und wirft der Regierung vor, Gegenkandidaten anzuheuern, um die Abstimmung demokratischer aussehen zu lassen. Die meisten prominenten Oppositionellen befinden sich im Exil und sind damit von der Kandidatur ausgeschlossen.

### **Irak greift Konvoi auf syrischem Gebiet an**

Am 27.04.14 kamen bei einem Angriff irakischer Armeehubschrauber auf einen Konvoi jihadistischer Kämpfer im Osten Syriens mindestens acht Menschen ums Leben, als acht Tankwagen versuchten, vom syrischen Wadi Suwab über die Grenze in den Irak zu gelangen. Das irakische Innenministerium gab an, der Irak müsse seine „Grenze von beiden Seiten schützen“.

## **Libanon**

### **Im ersten Wahlgang kein neuer Präsident**

Den ersten Wahlgang zur Neuwahl des libanesischen Staatspräsidenten (die Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten Michel Suleiman endet am 25.05.14) gewann zwar der ehemalige christliche Milizenführer Samir Geagea, der für das Parteienbündnis „14. März“ antrat. Er erreichte mit 48 der insgesamt 86 erforderlichen Stimmen jedoch nicht die im ersten Wahlgang erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Für den von einer kleinen Gruppe Unabhängiger und Zentristen unterstützten Kandidaten Henri Helu wurden 16 Stimmen abgegeben. 52 der insgesamt 124 anwesenden Parlamentarier gaben leere Stimmzettel ab. Das libanesisches Parlament ist in zwei Blöcke gespalten, den mit den USA und Saudi-Arabien sympathisierenden Block „14. März“ und den von der schiitischen Miliz Hizbollah unterstützten pro-syrischen „8. März“. Im Libanon gibt es ein religiöses Proporzsystem, nach dem nur ein maronitischer Christ Präsident werden kann. Geagea gilt als Hizbollah-Gegner. Für einen weiteren Wahlgang soll das Parlament am 30.04.14 zusammenkommen, in ihm reicht die einfache Mehrheit.

## **Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Hamas und Fatah streben gemeinsame Regierung an**

Am 23.04.14 einigten sich Fatah und Hamas, die beiden stärksten politischen Organisationen der Palästinenser, auf die Bildung einer Einheitsregierung innerhalb von fünf Wochen. In einem halben Jahr könnten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Erste Ankündigungen einer gemeinsamen Regierung hatte es nach dem endgültigen Bruch der Organisationen im Jahr 2007 bereits 2011 und 2012 gegeben, die Pläne scheiterten jedoch. Die USA wollen als Reaktion ihre Hilfszahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde überdenken. Am 24.04.14 beschloss das israelische Sicherheitskabinettt die Verhandlungen mit den Palästinensern vorläufig nicht fortzusetzen und stellte Sanktionen in Aussicht.

## **Saudi-Arabien**

### **Frau wegen Autofahrens verurteilt**

Nach Berichten mehrerer Medien vom 25.04.14 soll eine Frau wegen unerlaubten Autofahrens und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 150 Hieben und acht Monaten Haft verurteilt worden sein. Mehrere Polizisten, die als Nebenkläger aufgetreten waren, sollen vor Gericht erklärt haben, sie hätten die Frau angehalten, worauf sie sie geschlagen und beschimpft habe. Das islamische Königreich Saudi-Arabien ist das einzige Land der Welt, in dem Frauen nicht Auto fahren dürfen.

## **Ägypten**

### **Weitere 13 Mursi-Anhänger verurteilt**

In Kairo wurden am 26.04.14 weitere 13 Anhänger des gestürzten Präsidenten wegen „Unruhestiftung, Sabotage und Verstößen gegen die öffentliche Ordnung“ verurteilt. Sie erhielten Strafen von fünf bis 88 Jahren. Sie wurden wegen gewalttätiger Proteste in den südlichen Städten Samalut und Minja, die sich gegen die blutige Niederschlagung der Pro-Mursi-Demonstrationen in Kairo im August 2013 richteten, schuldig gesprochen. Gegen die Urteile ist Berufung möglich.

Am 27./28.04.14 verurteilte ein Gericht in Minja 725 Anhänger Mursis zu Gefängnisstrafen zwischen drei und 15 Jahren bzw. zum Tode. Die Angeklagten wurden für die gewalttätigen Proteste im Sommer 2013 mitverantwortlich gemacht.

### **Polizeigeneral bei Attentat getötet**

Am 23.04.14 ist der General der Ordnungspolizei, Ahmed Zaki, bei einem Sprengstoffanschlag im Westen Kairs getötet worden. Der Sprengsatz war unter dem Auto befestigt worden. Bei einer Operation von Sicherheitskräften gegen die Terrorgruppe Ansar Bayt al-Maqdis (JABM) nahe Alexandria wurden ein weiterer Polizist sowie ein Islamist getötet. Unterdessen bekannte sich die im Januar gegründete Adshnad Misr („Soldaten Ägyptens“) zu einem Bombenanschlag auf dem Kairoer Libanon-Platz vom 18.04.14, bei dem ein Polizist getötet wurde.

## **Marokko/Westsahara**

### **MINURSO soll Menschenrechte überwachen**

Anlässlich der anstehenden Mandatsverlängerung der in der Westsahara stationierten Friedenstruppe MINURSO Ende April haben die Vereinten Nationen (VN) eine Mandatserweiterung zur Überwachung der Menschenrechtsslage vorgeschlagen. Marokko wird international kritisiert, Demonstrationen für die Selbständigkeit der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara mit Härte zu unterdrücken. Die Westsahara ist seit 1975 von Marokko besetzt, wird aber von der von Algerien unterstützten POLISARIO-Freiheitsfront als unabhängiges Gebiet beansprucht. Frankreich unterstützt Marokko, das für die Region einen Autonomiestatus vorsieht, während POLISARIO ein Referendum der Sahrawis fordert.

## **Nigeria**

### **Vergewaltiger zum Tod durch Steinigung verurteilt**

Am 23.04.14 wurde in der nordnigerianischen Stadt Kano (Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates) ein wegen Vergewaltigung und Infizierung eines minderjährigen Mädchens mit HIV Angeklagter von einem höheren Scharia-Gericht zur Todesstrafe durch Steinigung verurteilt. Das Gericht befand den geständigen und verheirateten Täter des außerehelichen Geschlechtsverkehrs für schuldig. Bevor das Urteil vollzogen werden kann, muss dieses noch vom Gouverneur von Kano unterzeichnet werden. Zudem kann Rechtsmittel beim Obersten Gerichtshof eingelegt werden. In Nigeria wurde 2000/2001 in zwölf nördlichen Bundesstaaten das Scharia-Strafrecht eingeführt. Soweit auf dessen Grundlage Todesurteile durch Steinigung ergingen, wurden diese bisher in keinem Fall vollzogen.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **Mehr als 1.200 Muslime aus Hauptstadt evakuiert**

Angeichts anhaltender Spannungen zwischen Christen und Muslimen brachten Friedentruppen mehr als 1.200 Muslime aus der Hauptstadt Bangui in Sicherheit (vgl. BN v. 22.04.14). Nach Angaben eines ehemaligen Regierungsmitglieds dieser Region wurden am 26.04.14 bei einem Angriff der Seleka Rebellen auf eine Klinik 22 Menschen getötet, darunter 15 örtliche Führer.

Nach Angaben eines Sprechers der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen wurden drei Kollegen wohl am 25.04.14 in Nanga Boguila getötet. Die Stadt liegt im Nordwesten nahe der Grenze zum Tschad.

## **Uganda**

### **Verfolgung von Homosexuellen**

Nach Angaben von allAfrica.com intensivieren sich Angriffe auf Ugandas LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Intersexual), nachdem Menschenrechtsgruppen aufgrund von Belästigungen nicht mehr offen aktiv sind. Es gibt Berichte von Vertreibungen, Verhaftungen und Mob-Angriffen. Seit der Unterzeichnung des Anti-Homosexuellen Gesetzes im Februar 2014 berichtet eine Menschenrechtsorganisation von 130 Fällen in ganz Uganda.

## **Kenia**

### **Vier Tote durch Autobombe in Nairobi**

Im Stadtviertel Pangani in Nairobi tötete am 23.04.14 eine Autobombe die beiden Insassen eines Fahrzeugs sowie zwei Polizisten. Die Bombe explodierte, nachdem Polizisten das verdächtige Fahrzeug angehalten und zu einer Polizeistation geleitet hatten. Der Hintergrund ist unklar. Pangani liegt in der Nähe des Stadtteils Eastleigh, wo es in der Vergangenheit mehrmals zu Anschlägen kam, die der somalischen Miliz al-Shabaab angelastet werden.

## **Somalia**

### **Politiker vor seinem Haus erschossen.**

Am 23.04.14 wurde der Abgeordnete Abdiasis Isak Mursal vor seinem Haus erschossen. Bereits am 22.04.14 wurde der Abgeordnete Isak Mohamed Ali durch eine Autobombe getötet. Zu dem Bombenanschlag hat sich die al-Shabaab bekannt. Der al-Shabaab-Sprecher Abdiasis Abu Muscab sagte, sie würden die Abgeordneten jagen und einen nach dem anderen töten.

## **EJR Mazedonien**

### **VMRO gewinnt Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – Opposition fordert Neuwahlen**

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 27.04.14 haben die regierenden Nationalkonservativen einen Doppelsieg errungen. Die sozialdemokratische Opposition will das Ergebnis aber nicht anerkennen. Sie wirft der Regierung Wahlbetrug und Stimmenkauf vor und fordert Neuwahlen.

Wie erwartet hat die seit 2006 regierende VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation - demokratische Partei für mazedonische nationale Einheit) wieder die Wahl gewonnen. Ersten Ergebnissen zufolge kommt sie auf rund 43 % der Stimmen, die Sozialdemokraten (SDSM) auf 25 %, die beiden Parteien der albanischen Minderheit auf knapp 27 %. Als Sieger der Präsidentschaftswahl konnte sich Amtsinhaber Gjorge Ivanov in einer Stichwahl (vgl. BN v. 14.4.14) mit 57 zu 39 % gegen seinen Herausforderer von den Sozialdemokraten durchsetzen.

Viele Kritiker werfen Ministerpräsident Nikola Gruevski einen autokratischen Führungsstil vor. Er habe ein korruptes System errichtet. Der öffentliche Sektor sei aufgebläht und die Parteigänger würden so mit Jobs versorgt. Die Medien seien gleichgeschaltet, es herrsche Korruption und Machtmissbrauch.

Mazedoniens EU-Annäherung ist nicht nur durch den Namensstreit mit Griechenland weiterhin blockiert. Defizite in der Demokratiesierung und Rechtsstaatlichkeit sowie eine Einschränkung der Pressefreiheit sind weitere Hindernisse. Mazedonien zählt mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern zu einem der ärmsten Länder Europas. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 28 %. Schätzungen zufolge sind in den vergangenen Jahren rund 450.000 Mazedonier ausgewandert.

## **Serbien**

### **Neue Regierung, neuer Premier**

Am 27.04.14 wurde die neue serbische Regierung vom Parlament bestätigt. Bei der Wahl im März hatte die Serbische Fortschrittspartei (SNS) von Aleksandar Vucic die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen (vgl. BN v. 17.03.14). Dem neuen Kabinett gehören auch Minister kleinerer Bündnispartner an. Die Regierung verfügt nun über gut eine Vierfünftel-Mehrheit im Parlament.

Der designierte Premierminister Vucic hat angekündigt, bis zum Sommer mehr als 20 Reformvorhaben zu verabschieden. Er bekräftigte auch seine Entschlossenheit, den Dialog mit Kosovo fortzuführen. Eine Anerkennung Kosovos wird aber nach wie vor ausgeschlossen.

## **Kosovo**

### **Kriegsverbrechertribunal errichtet**

Auf Drängen der Europäischen Union hat das kosovarische Parlament der Einrichtung eines Kriegsverbrechertribunals mit Sitz in Kosovo zugestimmt. Es soll Kriegsverbrechen der Befreiungsarmee UÇK im Kosovo-Krieg juristisch aufarbeiten. Die Prozesse sollen in Den Haag stattfinden, damit Zeugen besser geschützt werden können. Der ehemalige Sonderberichterstatter des Europarates Dick Marty hatte 2010 schwere Vorwürfe gegen die UÇK erhoben. Die Befreiungsarmee habe 1998/99 Gefangene gefoltert, gemordet und illegalen Organhandel betrieben. Auch heutige Politiker (u.a. Premier Hashim Thaci) seien daran beteiligt gewesen. Diesen Vorwürfen geht eine internationale Untersuchungskommission der EU nach. Sie will ihren Bericht im Sommer veröffentlichen und dem Sondertribunal zur Weiterarbeit übergeben.

Die UÇK hatte Ende der 1990er Jahre versucht, Kosovo mit Waffengewalt von Serbien abzuspalten. Als Reaktion hatten serbisches Militär und Paramilitär rund 800.000 Albaner vertrieben. Insgesamt wurden über 13.000 Menschen getötet, hauptsächlich Kosovo-Albaner. 2.000 Tote sind Serben, Roma oder Angehörige von anderen Minderheiten.

## **Ukraine**

### **Verschärfung der Lage in der Ostukraine**

Am 22.04.14 kündigte die ukrainische Regierung die Wiederaufnahme der Anti-Terroroperationen in der Ostukraine an, nachdem dort nahe dem von prorussischen Kräften kontrollierten Slawjansk zwei Leichen mit Folterspuren gefunden worden waren. Bei einem Anti-Terror-Einsatz wurden am 24.04.14 außerhalb der Stadt Slawjansk nach Angaben aus Kiew in einem Gefecht bis zu fünf prorussische Kämpfer getötet. Die Separatisten berichteten von zwei Toten. Am selben Tag kündigte der russische Verteidigungsminister Militärmanöver direkt an der Grenze zur Ukraine an. Er begründete diese mit dem Vorgehen der ukrainischen Armee gegen die Separatisten und der Verstärkung der Nato-Militärpräsenz in Polen und im Baltikum.

Auf dem nur wenige Kilometer von der Stadt Slawjansk entfernten Flughafen Kramatorsk wurde am 25.04.14 ein ukrainischer Transporthubschrauber von einer Rakete am Boden zerstört und der Pilot verletzt. Kiew kündigte am selben Tag an, Slawjansk von Sondereinheiten abzuriegeln zu lassen, um zu verhindern, dass prorussische Kräfte Verstärkung in die Stadt bringen können. Am 27.04.14 stürmten mehrere hundert prorussische Aktivisten in Donezk ein Fernsehzentrum. Sie forderten die Einstellung der Programme in ukrainischer Sprache und verlangten stattdessen die Sendung von Programmen des russischen Staatsfernsehens, die die Regierung in Kiew gestoppt hatte.

### **Separatisten halten OSZE-Beobachter in Slawjansk fest**

Eine prorussische Miliz hat in der Separatisten-Hochburg Slawjansk am Nachmittag des 18.04.14 einen Bus mit acht Militärbeobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie fünf sie begleitende ukrainischen Soldaten in ihre Gewalt gebracht. Die Gruppe der Militärbeobachter besteht aus drei Bundeswehroffizieren und einem deutschen Dolmetscher sowie je einem militärischen Beobachter aus Tschechien, Schweden, Dänemark und Polen. Sie führte auf Einladung der Ukraine eine reguläre Inspektionsreise auf Grundlage des Wiener Dokuments 2011 durch. Der Milizenführer und selbsternannte Bürgermeister von Slawjansk, Wjatscheslaw Ponomarjow, bezeichnete die Militärbeobachter als „Nato-Spione“ und „Kriegsgefangene“. Am Vormittag des 27.04.14 wurden sie in einen Saal des besetzten Verwaltungsgebäudes von Slawjansk rund 60 Pressevertretern vorgeführt. Hierbei sagte der deutsche Leiter der Inspektorengruppe, es habe keine körperlichen Misshandlungen gegeben, die Männer seien bei guter Gesundheit. Die Milizen wollen die von ihnen festgehaltenen Militärbeobachter sowie die fünf ukrainischen Soldaten nur im Austausch gegen von ukrainischen Truppen gefangene Milizionäre freilassen. Seit dem frühen Nachmittag des 27.04.14 fanden direkte Gespräche zwischen OSZE-Unterhändlern und der Miliz Ponomarjows statt. Am Abend wurde der schwedische Beobachter wegen seiner Diabetes von den Separatisten freigelassen.

Am Morgen des 27.04.14 wurden im Geheimdienst-Hauptquartier von Slawjansk drei nur mit Unterhosen und Hemden bekleidete Männer, deren Augen mit Klebeband verbunden und an denen Blutspuren zu sehen waren, Journalisten vorgeführt. Laut Ponomarjow seien die Männer ukrainische Offiziere, die auf einer „Spionagemission“ von seiner Miliz in Slawjansk gefangen genommen wurden.

## **Sri Lanka**

### **Sondereinheit der Polizei soll Religionen schützen**

Staatspräsident Mahinda Rajapaksa hat am 24.04.14 angekündigt, dass künftig eine neue Sondereinheit der Polizei den Frieden zwischen den Religionen sicherstellen soll. Gleichzeitig warnte er die radikale Organisation buddhistischer Mönche Bodu Bala Sena (BBS), dass niemand über dem Gesetz stehe, auch nicht buddhistische Mönche. Zudem kündigte Rajapaksa an, sich in Einzelgesprächen mit den Führern der Religionen persönlich über deren Belange informieren zu wollen.

In den vergangenen Jahren hatte es wiederholt gewaltsame Aktionen der radikal-militanten BBS gegen Minderheitsreligionen gegeben. Betroffen waren besonders Muslime, aber auch Christen. Erst vor wenigen Tagen hatte die BBS mit einem Putsch gegen die Regierung gedroht, sollte diese nicht entschieden gegen angeblich extremistische muslimische Organisationen vorgehen. „Buddhistische Kräfte könnten in Sri Lanka die Regierung stürzen oder Regierungen schaffen, wenn sie das möchten“, warnte BBS-Führer Gnanasara Thera.

## **China**

### **Razzia unter Uiguren in Xinjiang**

Wie Radio Free Asia am 23.04.13 berichtete, wurden in der Woche zuvor anlässlich einer Razzia in einer Moschee im Kreis Toksun nahe der Stadt Turpan der Imam abgesetzt und zwei Personen festgenommen, nachdem verbotene Tonträger religiösen Inhalts gefunden worden waren. Die Razzia wurde auf ein benachbartes uigurisches Dorf ausgedehnt. Dabei wurden Männer vorübergehend festgenommen, weil sie Bärte trugen, und Frauen, weil sie verschleiert waren. Mindestens 100 Personen waren betroffen. Vielen Männern wurde zwangsweise der Bart abrasiert und einigen Frauen der Schleier entfernt.

Verschiedenen uigurischen Quellen zufolge übten Behörden in der jüngeren Vergangenheit mittels öffentlicher Kampagnen gegen das Tragen von Bärten und von religiös motivierter Kleidung verstärkt Druck auf die uigurische Bevölkerung aus.